Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.60 Mark, vierteljährlich 10.80 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140. Der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 51 und Marktl 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 44. Halle, Dienstag, den 27. Januar 1920. Einzelpreis 15 Pfg.

Vertagung des Erzberger-Prozesses.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 27. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Verhandlung des Prozesses Helfferich-Erzberger steht unter dem Eindruck des gestrigen Attentates. Erzberger hat wegen seiner Verwundung nicht erscheinen können, dagegen ist sein ständiger Begleiter Geheimer Rat Häuer zur Stelle, ebenso Herr Helfferich. Man täuscht sich nicht über die Schwierigkeiten, die der Fortführung des Prozesses entgegenstehen. Zwar wäre der Prozeß technisch möglich, wenn auf die Anwesenheit des Nebenklägers Erzbergers verzichtet würde. Die Anwesenheit des Zeugen Erzberger ist aber auf alle Fälle erforderlich. Wenn es in Aussicht stände, was man vorläufig hoffen darf, daß Erzberger bald wieder verhandlungsfähig ist, so wäre die Aussicht vorhanden, die Verhandlungen ein paar Tage auszusetzen, oder den Teil der Verhandlung, zu dem Erzberger nicht unbedingt zur Stelle sein muß, in die Länge zu ziehen. Dies ist auch das Verfahren, welches das Gericht vorläufig einzuschlagen gedenkt. Der Oberstaatsanwalt schlägt vor, den Fall Thyssen vorläufig auszusetzen und mit der Verlesung der Akten des Falles Berger-Tiefbau zu beginnen. Justizrat v. Gordon begründet diesen Vorschlag namens des Nebenklägers, der den dringenden Wunsch hat, den Prozeß ohne Unterbrechung unter allen Umständen zu Ende zu führen. Außerdem regt er an, durch Vernehmung des Justizrates Heumann, der die Eintragungen der Osteuropäischen Handelsgesellschaft (Ostropa) in die Handelsregister bewirkte, zu klären, durch welchen Anfug Erzberger als Beteiligter dieser Gesellschaft eingetragen ist. Beim Vorsitzenden erweckt die Aufrollung des Falles Berger in Abwesenheit des Nebenklägers Bedenken. Rechtsanwalt Dr. Alsberg, um seine Meinung befragt, führt aus, die gegen den Nebenkläger abgegebenen Schüsse haben uns die Waffen aus der Hand geschlagen, mit denen wir kämpften. Wir gewinnen in dieser Eigenartigkeit Stellung. Wir werden jetzt den Prozeß weiterführen, ohne daß der Nebenkläger anwesend ist. Deshalb glaube ich, daß die Frage, ob der Prozeß weitergeführt werden kann, davon abhängt, ob der Nebenkläger, was wir ganz besonders wünschen und hoffen, nur ganz leicht verletzt ist, so daß er in den nächsten Tagen wieder in voller Kraft erscheinen kann. Unter dieser Voraussetzung hätte ich den dringenden Wunsch, daß die Verhandlung weitergeführt wird. Helfferich selbst will erst dann wieder aussagen, wenn Erzberger wieder heil und gesund anwesend ist.

In die weitere Verhandlung wird nicht mehr eingetreten. Die Aufklärung des Falles Ostropa soll am nächsten Freitag wieder aufgerollt werden.

Das Befinden Erzbergers.

WTB. Berlin, 27. Jan. Minister Erzberger hat die Nacht verhältnismäßig ruhig verbracht. Die Wunde verursacht ihm starke Schmerzen und verhindert jede Bewegung des Armes, um so mehr, als sich ein Blutgeschwulst gebildet hat. Die Röntgenaufnahme kann erst heute erfolgen.

Im Anschluß an das Verhör des verhafteten Oltwig von Hirschfeld im Polizeipräsidium erfolgte sofort seine eingehende Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt Krause von der Staatsanwaltschaft I. In dieser Vernehmung hat der Täter im wesentlichen dieselben Angaben wiederholt, die er bereits vorher gemacht hatte. Heute vormittag ist er dem Untersuchungsrichter in Moabit vorgeführt worden.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß ist auf Freitag vormittag vertagt worden.

Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen in Moabit.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Oberstaatsanwalt Krause heute im Gericht mitteilte, ist der Attentäter gestern ohne Karte und mit der Waffe in der Tasche bei der Verhandlung anwesend gewesen. Infolgedessen werden künftig, sobald Erzberger wieder erscheint, im Gerichtsgebäude erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen und selbst Personen, die zu den Verhandlungen Zutritt erhalten, auf Waffen untersucht werden. Im Flurraum des Kriminalgerichts befand sich heute morgen etwa eine Kompagnie Sicherheitswehr.

Gerüchte über monarchistische Putschabsichten.

Völlig ruhige Nacht in Berlin.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Absperrungsmaßnahmen, die auf Befehl der Regierung gestern Abend vornehmlich in der Wilhelmstraße getroffen wurden, wurden sehr streng durchgeführt, daß niemand, auch nicht Offiziere durchgelassen wurden, soweit sie nicht direkte Vorgesetzte der Truppen waren. Diese Maßnahmen sind mittlerweile aufgehoben worden. Die Nacht ist in Berlin völlig ruhig verlaufen. Es sind nirgends Ansammlungen festzustellen gewesen. Die Gerüchte und Mitteilungen über Putschabsichten der Monarchisten sind auch von der Regierung, obwohl sie ihr in großer Anzahl zugingen, nicht ernst genommen worden. Wenn trotzdem Panzerwagen, Maschinengewehre und selbst Flugzeuge mit Beobachtern aufgeboten wurden, so geschah dies weniger aus Besorgnis vor monarchistischen Putschen, sondern mehr aus politisch-taktischen Gründen, um zu zeigen, daß die Regierung nicht nur gegen Putschversuche linksradikaler, sondern auch von rechtsradikaler Seite die starke Faust zeigen kann.

Der Streit um die preußische Verfassung.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Einbringung eines Entwurfes einer preußischen Verfassung hat sich, wie wir erfahren, bisher verzögert, da zwischen den Mehrheitsparteien über die grundsätzliche Frage, ob in der Verfassung ein repräsentierendes Element eingeführt werden soll, noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß man sich auf einer Mittellinie einigt und daß die Verfassung dann unmittelbar eingebracht werden wird.

Noske gegen eine zu große Heeresverminderung.

WTB. Amsterdam, 27. Januar. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Zeitung „Telegraaf" erklärte Noske: Die Neutralen und die Entente hätten das größte Interesse daran, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt. Vielleicht kommt die Entente noch im letzten Augenblick zu der Einsicht, daß das Deutschland erlaubte Heer von 100000 Mann nicht in der Lage ist, Ruhe im Mittelpunkt Europas zu gewährleisten.

Die Heimkehr der Gefangenen.

WTB. Paris, 27. Januar. Havas. Die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen vollzieht sich planmäßig. In St. Nazaire sind zwei Schiffe angekommen, um die Kriegsgefangenen aufzunehmen. In St. Malo soll am 30. Januar ein Dampfer zur Aufnahme von 600 Gefangenen ankommen. 30000 in den befreiten Gebieten internierte Gefangene sind bereits abtransportiert worden. Am 25. Januar haben ungefähr 300 Offiziere den Bahnhof St. Just mit der Bestimmung nach Worms verlassen.

Neue Entente-Note an Holland in Sicht.

WTB. Amsterdam, 27. Januar. Laut „Telegraaf" meldet der gewöhnlich gutunterrichtete Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph": Es werde an die niederländische Regierung eine neue Note gesandt werden, die demnächst durch einen Ausschuß von Rechtssachverständigen der alliierten Regierungen aufgestellt wird.

Finnländer gegen die Kaiser-Auslieferung.

WTB. Amsterdam, 27. Jan. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Helsingfors vom 23. Januar, daß der vormalige finnische Reichsverweser Svinhufvud, der Direktor der Universität von Helsingfors und 28 Professoren, sowie zahlreiche andere Personen Finnlands einen offenen Brief veröffentlicht haben, in dem sie das Ersuchen um Auslieferung des deutschen Kaisers und der deutschen Bürger aufs schärfste verurteilen. Sie erklären, daß eine Auslieferung im Widerspruch zu den Grundsätzen der Haager Konvention des Jahres 1907 und zum Völkerrecht stehen würde.

Versetzung eines deutschen Denkmals in Hadersleben.

WTB. Hadersleben, 27. Januar. Das Kaiser Wilhelm-Denkmal in Hadersleben, das bekanntlich vor Einzug der französischen Truppen mit Decken verhüllt werden mußte und dessen Beseitigung von einem Teil der Einwohnerschaft gefordert worden war, wird auf dem Grundstück des deutschen Bürgervereins aufgestellt werden, um es allen weiteren Angriffen zu entziehen.

Der „Völkerbund" an der Arbeit.

WTB. Carnaron, 26. Jan. (Funkspruch.) Wie aus London gemeldet wird, beginnt der Völkerbund heute seine praktische Arbeit. Zum erstenmal werden deutsche Delegierte an den Beratungen teilnehmen. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerbundes geschaffen ist, wird zusammentreten, um die formellen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in Washington ergaben, zu behandeln und zu erwägen, wie den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Nachtarbeit von Frauen und Kindern in Fabriken, der Arbeitslosigkeit, des Wöchnerinnenschutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden sind, praktische Gestalt gegeben werden soll.

Sonntagsruhe für Journalisten in — Spanien.

WTB. Amsterdam, 27. Januar. Wie die „Times" aus Madrid melden, wurde in Spanien durch königliches Dekret die Sonntagsruhe für Journalisten eingeführt. Zwischen Sonntag und Montag mittag dürfen in Zukunft keine Zeitungen mehr gedruckt oder verkauft werden. Zwischen Sonntag, 6 Uhr morgens, und Montag, 6 Uhr morgens, werden keine telegraphischen oder telephonischen Pressemeldungen mehr angenommen.

Der Anschlag auf Erzberger.

Der Erzberger-Helfferichprozeß, die nach Lage der Dinge beste, wenn nicht die einzig mögliche Entwirrung des politisch-persönlichen „Falles Erzberger", ist auf abgeschmackte Weise gestört worden. Ein Revolverschuß hat den Finanzminister verwundet, im Augenblick, als er das Gerichtsgebäude verließ. Als vor mehr als 20 Jahren ein Schuß den Verteidiger Emile Zolas, Labori, verletzte, ward in der ganzen Welt der Vorgang als unerhört und widerwärtig, in Deutschland nicht ohne Regungen der Selbstgerechtigkeit empfunden. Waren bei uns solche Dinge möglich? Seitdem hat man sich an sie gewöhnen müssen. Nicht nur bei Umsturzkrisen und Parlamentserregungen: auch bei Gerichtsverhandlungen knallt es. Der Anschlag auf Haase stand im Zusammenhang mit Prozessen, an denen der Täter beteiligt war; Erzberger wurde von dem Geschoß getroffen, während die Sauberkeit seiner politischen Betätigung in Gerichtsöffentlichkeit nachgeprüft werden sollte. Unsere Gerichtssensationen steigern sich zu den Wirkungen Wedekindscher Aktschlüsse . . .

Ein Vergleich liegt nahe: der mit dem zu Tode verurteilten, zur Festungshaft begnadigten, nach der Verhandlung geschmacklos besubelten Grafen Arco-Valley. Dieser politische Mörder aber konnte wenigstens glauben, durch Eisners Tod sein Vaterland von einer unerträglichen Gemütlichkeit zur Freiheit zu erlösen — wenn er auch das Gegenteil des Beabsichtigten erreichte, nämlich Bayern zunächst in den Bolschewismus hineinstieß. Was aber hat sich der adlige Fähnrich, der auf Erzberger schoß, politisch offenbar ein Gesinnungsgenosse des Grafen, bei dem Anschlag gedacht? Trotz aller Gewandtheit und ungewöhnlichen Fähigkeit zur Machterlangung regiert Erzberger nicht Deutschland; und wird es, wie sein Prozeß auch ausläuft, künftig erst recht nicht regieren. Sein Tod hätte, von keinem Standpunkt aus, Rettung vor den künftigen Taten eines Mächtigen: hätte nur Rache für Gewesenes sein können. Die menschliche Zulänglichkeit Erzbergers aber, die Frage, deren Beantwortung für alle Parteien den „Fall" entscheidet, wird ja gerade jetzt vor Gericht untersucht. Fällt diese Prüfung zu Erzbergers Gunsten aus, so war der Anschlag ein Versuch, gerichtskundige Wahrheit durch einen Revolverschuß zu widerlegen; fällt sie anders aus, so hat der Fähnrich v. Hirschfeld einen politisch Sterbenden angeschossen oder — — gesund gemacht.

Alle Denkfähigen, und die Gegner Erzbergers am meisten, müssen wünschen, daß der Verletzte keinen nachhaltigen Schaden erleidet. Sittlicher und politischer Schade ist schon hinreichend geschehen. Das Verfahren, von dem ganz Deutschland die Klärung einer bis zur Untragbarkeit undurchsichtig gewordenen Personenfrage erwartete, ist unterbrochen, Deutschlands Ansehen ist von neuem sinnlos geschädigt, Freunden und Feinden des Verwundeten sind unsachliche Wirkungsmittel in die Hand gegeben worden.

Jetzt ist es an der Öffentlichkeit und an den Parteien, so viel Reife zu zeigen, daß die unsachliche Verwertung des Anschlags, an der es nicht fehlen wird, wenigstens nach Möglichkeit eingeschränkt bleibt. Man soll nicht sagen dürfen, daß der verwundete Erzberger ein Opfer war, noch, daß der Genesene Glück gehabt habe. Wir wollen auch nicht von Verhetzung sprechen, obwohl nur ein bis zur Unzurechnungsfähigkeit gesteigerter Haß den Reichsminister gerade in dem Augenblick treffen konnte, da die Amtsfähigkeit Erzbergers zur Frage eines gerichtlichen Urteils geworden war; schließlich haben Erzbergers Gegner das Recht, ihre Meinung über seine Politik mit den stärksten Worten zu sagen. Das eine allerdings muß man ihnen zum Vorwurf machen, und das erklärt auch den sonst gerade vom Standpunkt der Widersacher sinnlosen Anschlag: die abergläubische Ueberschätzung Erzbergers bei seinen Gegnern. Es gab seit einem Jahr kein Unheil in Deutschland, das nicht zu diesem Idol des Hasses in unmittelbare Beziehung gesetzt wurde. Erzberger, der doch im besten oder schlimmsten Fall nur der Vollstrecker von Schicksalen, das Arbeitstalent von Parteien und Regierungen war, mußte für Urteilsschwache zu Höllengröße emporwachsen. Dieser umgekehrte Personenkult hat, im ungeeignetsten Augenblick, die Waffe entladen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200127038/fragment/page=0001

Pressestimmen zum Revolverattentat auf Erzberger.

WTB. **Berlin**, 27. Jan. Zum Revolverattentat auf Erzberger sagt die „Germania“: Es sei wohl kein Zufall, daß der feige Revolverheld sich in dem Moment einstellte, in dem der fanatische Ansturm der politischen Gegner Erzbergers an den Worten der Wirklichkeit zu erlahmen begann.

In der „D. Allgem. Ztg.“ wird zu der Hetze, die seit Jahr und Tag von den Blättern der rechten Opposition getrieben wird, gesagt, sie sei mit den Mitteln der wüstesten Agitation geführt worden und habe den Erfolg gezeigt, den sie haben mußte.

Der „Vorwärts“ bezeichnet es als die Pflicht der Regierung, der Rechten zu zeigen, daß sie die Lage falsch auffasse, wenn sie meint, daß der notwendig gewordene Druck gegen links ihr Spiel erleichtern könne.

Wie in anderen Blättern, so wird auch im „Berl. Tagebl.“ der Vermutung Ausdruck gegeben, daß dem jungen Attentäter der Münchener Graf Arco als Beispiel vorgeschwebt habe.

Volksparteiliche Verdrehung.

Die Deutsche Volkspartei ist jetzt eifrig dabei, die Beamten für sich einzufangen. Sie operiert dabei nicht gerade immer mit besonders anständigen Mitteln. In einer der letzten Nummern der „Nationalliberalen Correspondenz“ beschäftigt sich ein gewisser Morath, ein in Beamtenkreisen herzlich unbekannter Herr, mit einem Artikel des Abg. Delius über die Neuregelung der Beamtenbesoldung. Er sucht aus diesem Artikel nachzuweisen, daß zwischen der Stellungnahme der Fortschrittlichen Volkspartei und des genannten Abgeordneten und der heutigen Demokratischen Partei ein Widerspruch bestehe. Auf Grund früherer Beratungen im Abgeordnetenhause, als es sich um die Frage der Erziehungsbeihilfen eines fortschrittlichen Antrags handelte, habe Abgeordn. Delius den Standpunkt vertreten, daß die Bezahlung des Beamten sich nach dem Familienstande zu richten habe. Wer die Tätigkeit des genannten Abgeordneten im Parlamente und in der Beamtenbewegung verfolgt hat, wird ganz genau wissen, daß immer von ihm die Forderung erhoben worden ist, das Gehalt des Beamten nach den Leistungen zu bemessen, daneben aber als Teil des Gesamteinkommens Kinderzuschüsse zu gewähren. Ein Standpunkt, der von der großen Masse der Beamten namentlich in den letzten Jahren durchaus geteilt worden ist. Freilich in der Deutschen Volkspartei schienen darüber keine einheitlichen Ansichten zu herrschen. Während des Krieges haben die damaligen Nationalliberalen den Standpunkt vertreten, daß das Gesamteinkommen des Beamten nach dem Familienstande bemessen werden müsse, eine Anschauung, die wiederholt von ihnen im Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses vertreten worden ist. Auch der preußische Finanzminister Lentze hat mehrfach erklärt, daß bei der künftigen Besoldungsregulierung das Gehalt nach dem Familienstande festgesetzt werden müsse. Uebrigens hat kürzlich die „Kölnische Zeitung“ ihre Verwunderung ausgesprochen, daß bei den Tarifverhandlungen der Arbeiter nicht der Gesichtspunkt des Familienstandes mehr in den Vordergrund gerückt worden wäre. Das hinderte sie allerdings nicht, wenige Tage später dann die Forderung der Kinderzulagen für die Beamten zu bekämpfen. Man ersieht hieraus, daß nicht bei den Demokraten, sondern bei der Deutschen Volkspartei Schwankungen in den Anschauungen vorhanden sind. Im übrigen ist es dem Abg. Delius gar nicht eingefallen, die Regierungsvorlage zu verteidigen, denn als der Artikel geschrieben war, war von den Absichten der Regierung ihm noch nichts bekannt. Soviel kann allerdings gesagt werden, daß die Vorlage der Regierung eine sehr beachtliche Grundlage bietet und daß man auf ihr zu einer Verständigung kommen kann, die auch den Wünschen der Beamten entsprechen wird. Im übrigen scheint Herr Moreth nicht zu wissen, daß auch der Deutsche Beamtenbund die Kinderzulagen nicht ablehnt, nur will er sie ganz wie Abg. Delius nicht als Gehaltsteil wissen. Das Verhältnis der demokratischen Abgeordneten zum Deutschen Beamtenbunde wird durch solche Schreiberei nicht getrübt werden, sondern im Gegenteil, nach wie vor werden die in den Reihen der Beamten stehenden demokratischen Abgeordneten die besten Beziehungen mit dem Deutschen Beamtenbund unterhalten und mit ihm nach Möglichkeit zusammenarbeiten.

Im übrigen ist die Frage keine Parteifrage. Daß hier auch die Volkspartei anders kann, zeigt der Beschluß des 10. Ausschusses der Landesversammlung, wo sämtliche Parteien (auch die Volkspartei) am 16. Dezember einmütig dafür eingetreten sind, daß das Beamtengehalt — ganz allgemein — nach dem Familienstande zu bemessen ist. — Also mit der Anzapfung war es nichts.

Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Kaiser.

Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Zu der Meldung über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Preußen und den Hohenzollern, deren Erledigung in den nächsten Tagen schon die Landesversammlung beschäftigen soll, hört der „Vorwärts“, daß man davon spricht, daß dem Kaiser durch Preußen eine Entschädigung für seinen Privatbesitz zugewiesen werden wird, soweit er vom Staate übernommen wird. Einen Teil seiner Schlösser und seines landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Preußen wird der Kaiser außerdem in seinem persönlichen Eigentum behalten, ebenso seine sämtlichen Industrieaktien, Obligationen, Hypotheken usw. Weiter sollen die Renten aus den Kronfideikommißgütern mit einer Summe von 100 Millionen abgelöst werden, die dem Kaiser gleichfalls zufällt.

Außerordentliche Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Bochum, 26. Januar. Auf der außerordentlichen Generalversammlung des alten Bergarbeiter-Verbandes wurde über die Zugeständnisse bei den Tarifverhandlungen u. a. mitgeteilt, daß der Grundlohn der unterirdisch beschäftigten Arbeiter um drei Mark, der Gedingelohn um fünf Mark erhöht wird. Die Kinderzulage erfährt eine Erhöhung von 20 Pfennig auf eine Mark. Eine Lohnzulage von einer Mark die Stunde erhalten Reckenarbeiter. Der Mindestschichtlohn eines Hauers steigt auf über 40 M.

Vorläufig keine Herabsetzung der Brotration.

Berlin, 26. Jan. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird die Ausmahlungsquote für Brotgetreide vom 1. Februar an von 84 auf 90 Prozent herausgesetzt. Die frühere Ausmahlungsquote betrug 96 Prozent. Gleichzeitig ist, um die Anlieferung von Brotgetreide zu verbessern, eine große Druckaktion in Angriff genommen, für die bereit liegende Kohlen zur Verfügung gestellt worden sind. Die Kohlen sind zum Teil bereits im Rollen nach den Verwendungsgebieten. Ein kleines Ansteigen der Anlieferung ist bereits zu verzeichnen. Eine Herabsetzung der Brotration findet nicht statt, ist auch vorläufig nicht beabsichtigt.

Der Kaiserbrief erfunden.

Generaladjutant v. Gontard hat der „Köln. Ztg.“ aus Amerongen gedrahtet: Der in der „Köln. Ztg.“ abgedruckte, dem vormaligen deutschen Kaiser zugeschriebene Brief sei von Anfang bis Ende frei erfunden. Der Brief war in der Stockholmer Zeitung „Afton Tidningen“ veröffentlicht worden.

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 26. Jan. Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten ist heute im allgemeinen ohne besondere Ausschreitungen durchgeführt worden. Die Arbeiterschaft ist natürlich über diese Verfügung außerordentlich erregt und überall finden Versammlungen statt, in denen zu ihr Stellung genommen wird. Bezeichnend für die Stimmung in der Berliner Eisenbahnarbeiterschaft ist ein Vorfall bei einer hiesigen Versammlung. Da haben die alten Arbeiter den jungen zugerufen: „Da seht ihr's! Ihr habt die Schuld. Wir müssen darunter leiden. Aber wir wollen arbeiten und wir werden arbeiten!“

Polnische Bubenstreiche.

In Thorn wurden die Standbilder Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I. die in den Nischen der beiden Pfeiler des städtischen Eingangstores der Eisenbahnbrücke aufgestellt sind, durch Gewehrschüsse unkenntlich gemacht. Verschiedene Blätter berichten hierüber unter der Ueberschrift „Polnische Bubenstreiche“.

Die 14 russischen Zarenmörder hingerichtet.

Amsterdam, 26. Jan. Das in Chicago erscheinende Blatt „Der Kommunist“ bringt einen Bericht der Moskauer „Prawda“, daß die russischen Zarenmörder, im ganzen 14 Personen, wegen Mordes an der Zarenfamilie und Beraubung der Leichen hingerichtet worden seien.

Großfeuer im Warnemünder Flugzeugschuppen.

Warnemünde, 26. Jan. Im Flugzeugschuppen des hiesigen Flugplatzes entstand, wie man annimmt, durch Warmlaufen einer Maschine Großfeuer, durch das, nach der „Warnemünder Zeitung“, über 230 Flugzeuge, darunter zwei Riesenflugzeuge, vernichtet worden sind. Der Gesamtschaden geht in die Millionen.

Deutsches Reich.

In Dresden eine Kontrollkommission der Entente eingetroffen.

In Ausführung der Artikel 203 und folgende des Vertrages von Versailles ist am Sonnabend in Dresden eine Kontrollkommission der Entente (Engländer und Franzosen) in Stärke von drei höheren Offizieren, 10 Majoren, 20 Hauptleuten und 52 Mannschaften eingetroffen. Die Unterbringung erfolgt in Hotels — Diese Kommission hat nach den genannten Artikeln des Versailler Vertrags den Auftrag, die pünktliche Ausführung der Ablieferungen, Zerstörungen, Abbauten und Unbrauchbarmachungen zu überwachen. Die Kommission ist berechtigt, so oft sie es für erwünscht hält, sich nach jedem Ort im sächsischen Gebiet zu begeben oder Unterkommissionen dorthin zu entsenden. Der Unterhalt und die Kosten dieser Kommissionen sind natürlich von Deutschland zu tragen.

Ausland.

Straßenkämpfe im irischen Murroe.

Amsterdam, 26. Jan. Das Reutersche Büro meldet aus Limerick, daß die Polizeistation Murroe, die von acht Polizisten besetzt war, am Sonnabend kurz nach Mitternacht von 40 Männern angegriffen wurde. Das Feuergefecht dauerte bis um 2 Uhr morgens. Eine Bombe wurde von den Angreifern zur Explosion gebracht. Als Verstärkung aus Limerick eintraf, hatte das Feuer aufgehört, und die Angreifer waren verschwunden. Alle Straßen waren mit Bäumen und Steinen verbarrikadiert. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen waren in weitem Umkreise durchschnitten worden.

Hoover — als Bewunderer Englands verdächtig.

Washington, 27. Januar. Reuter. Hoover, der von weiten Kreisen aufgefordert wird, die Präsidentschaftskandidatur anzunehmen, wurde im Senat heftig von dem Senator Reed angegriffen, der ihn beschuldigte, ein Ausländer und Bewunderer Großbritanniens zu sein, dessen Sympathie ihn geneigt mache, mit dem britischen Völkerbund zusammen zu wirken.

Halle und Umgebung.

Halle, den 27. Januar 1920.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Tagesordnung brachte interessante Debatten, so die Gaspreiserhöhung und den Streit ums Kirchenbad. Bei der Aussprache über die recht empfindliche Gaspreiserhöhung von 50 auf 55 Pf. je Kubikmeter erfolgte zum Trost die Mitteilung, daß auch das elektrische Licht, das „Licht der reichen Leute“, wie die Angehörigen sagen, in einem ähnlichen Verhältnis teurer geworden ist und den Gaspreis so ziemlich erreicht hat. Wenn wir doch nur erst wieder die Sperrzeiten loswürden! Aber in dieser Richtung konnte Herr Stadtbaurat Lemmers, so sehr ihn auch der demokratische Herr Manschowski ansuchte, keine irgendwie befriedigende Auskunft geben. „Vielleicht können wir abends noch eine halbe Stunde zulegen“, das war alles, was sich aus dem „Ton“ so entgegenkommenden Referenten herauskolen ließ. Die Vorlage, in der für die Ausbesserung des Daches der Glauchischen Kirche städtische Mittel verlangt werden, verleitete die Unabhängigen wieder einmal zu einer recht überflüssigen seitenbanden Demonstration; denn in der Sache ist die Stadt gleich machtlos. Ein höchstinstanzliches Urteil hat ihr als Patronin für das Gebäude die Unterhaltungspflicht aufgebunden, und dagegen ist nichts zu machen, ehe nicht von Grund auf die Gesetze geändert werden. Gegen Schluß der Sitzung fuhr der unabhängige Herr Nowitzki im Auftrage seiner Parteigenossen Haenen gegen den verschärften Ausnahmezustand insonderheit gegen das Verbot des Volksblatts auf. — Die früheren Verbote der bürgerlichen Zeitungen durch seinen Parteifreund Eisner erwähnte der vorsichtige Herr Nowitzki dabei nicht — Aber die Alten vergißt, da alle anderen Parteien ohne ein Wort der Entgegnung den Antrag, den Magistrat zur schleunigen Verteilung zu veranlassen, ablehnten.

Eine besonders wichtige Vorlage wurde außerhalb der Tagesordnung erledigt:

Die Verwertung des Flugplatzes als Kartoffeland.

Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, die freigewordenen, der Stadt zurückgegebenen großen Flächen nicht an einen Pächter zu vergeben, sondern in eigene Bewirtschaftung zu nehmen.

Welche Gründe dafür maßgebend waren, ergibt der nachstehende Bericht über die Aussprache:

Die landwirtschaftliche Verwertung des Flugplatzes.

Stv. Balte (Deutschdem.) berichtet über eine Vorlage des Magistrats über die Verwertung des Flugplatzgeländes. Die Militärverwaltung hat auf Drängen zunächst eine ackerbare Fläche von 363 Morgen zurückgegeben, während über die Rückgabe der Restfläche von rund 50 Morgen, die größtenteils bebaut oder Hofraum ist, noch verhandelt wird. Der Magistrat will im Einverständnis mit der Landgüterdeputation die Fläche dem städtischen Landgut Seeben, von dem sie seinerzeit abgetrennt wurde, wieder zulegen. Er führt aus:

„Das Land, von dem ein großer Teil schon vor der Benutzung als Flugplatz rübenmüder Boden war, kann nach sachverständigem Urteil erst durch mehrjährige Kultur, vor allem durch reichliches Düngen mit Stallmist, wieder zu guten Erträgen fähig gemacht werden. Der Pächter des Gutes Seeben, Amtmann Boecker, ist in erster Linie in der Lage, diese Kultur einer so großen Fläche, so vor allem die Düngung (mit 120 Zentner auf den Morgen) durchzuführen und auch bereit dazu. Als Pachtzins für die vier Jahre bis zu dem Ablauf seines Hauptpachtvertrages vorangehenden Herbst 1923 bietet er im ersten Jahre des sehr unsicheren Ertrags wegen 40 Mark, die übrigen drei Jahre je 70 Mark für den Morgen. Außerdem ist er bereit, die für die Arbeiter der städtischen Grube Karl Ernst verlangten 25 Morgen Kartoffelland in bequemerer Lage (näher an der Stadt) in Anrechnung auf die Flugplatzfläche zur Verfügung zu stellen. Eine Fläche bis zu 40 Morgen soll dem jetzigen Pächter des städtischen Klausberzackers, Zimmermeister Ohmann im Austausch gegen eine gleich große Fläche dieses Ackers, die die Stadt als Kleingärten benutzen will, überlassen werden und zwar unter denselben Bedingungen, wie sie jetzt für den Klausberzacker gelten (55 Mark Pachtzins je Morgen) Der Magistrat meint: Das Boeckerlsche Angebot muß als günstig für die Stadt bezeichnet werden, wenn man erwägt, daß die erstmalige Vorbereitung für die Bestellung (Pflügen mit Dampfpflug oder vierspännig) und vor allem die Düngung außergewöhnlich hohe Kosten verursacht, und das erste Jahr durchaus keine Gewähr für einen guten Ertrag liefert. Zudem ist die Zufahrt von Seeben aus infolge Aufhebung mehrerer Wirtschaftswege bei Einrichtung des Flugplatzes für manche Stellen der ausgedehnten Fläche ziemlich ungünstig geworden. Für die Zulegung zu Seeben spricht aber auch der besondere Umstand, daß das Gut in absehbarer Zeit von seinen Ländereien im Trothaer Industrieviertel für Industriezwecke wesentliche und zwar gerade die besten Flächen wird abgeben müssen. Dafür muß ein Ausgleich geschaffen werden, wenn nicht der Gesamtertragswert des Gutes leiden soll. Sonst würde eine neue Verpachtung einen empfindlichen Rückschlag für die Stadt ergeben.

Der Austausch mit Ohmann dient der Schaffung von Kleingärten im Interesse Minderbemittelter, und das an die Stadt zurückfallende Klausberzgelände wird seiner bequemeren Lage wegen zu einem besseren Pachtsatze verwertet werden können, als Flächen vom Flugplatze. —

Der Referent, Herr Balke, führt dazu aus, daß der Grundeigentumsausschuß in seiner Mehrheit nicht den Standpunkt des Magistrats gebilligt habe. Die Mehrheit des Ausschusses ist der Ansicht, daß die Stadt zweckmäßig das Land selbst in Bewirtschaftung nehmen könne, und zwar soll sie darauf Kartoffeln pflanzen. Wenn auch nur 60—70 Zentner pro Morgen geerntet werden sollten so meinen die Herren, sei das bei der großen Fläche von 300 Morgen ein wahrlich Zuschuß für die städtische Kartoffelversorgung, den man sich nicht entgehen lassen dürfe. Die Minderheit — der Referent hat selbst dazu gehört — hält jedoch die Uebernahme in eigene Regie nicht für vorteilhaft, weil sie glaubt, daß Dünger und Saatgut schwer zu beschaffen seien.

Stv. Osterburg (Unabh.): Wir sind der Ansicht, daß die Schwierigkeiten der Dünger- und Saatgutbeschaffung nicht unüberwindlich sind. Der Acker kann ohne entscheidende Schwierigkeiten von der Stadt bewirtschaftet werden. Erfreuliche Mengen Dung haben wir durch die städtischen Betriebe (städtische Gasanstalt usw.) zur Verfügung. Wir könnten ohne Zweifel Maulesel kaufen — sechs Stück zum Preise von 6000—7000 Mk — die bei der Bestellung verwendet werden sollen. Gerätschaften ohne Pferde sich wohl in einer der Flugzeugbauwerkstätten die uns ja sicher vom Militärfiskus überlassen wird. Vierzig Mark Pacht ist ein geradezu lächerlicher Preis. Da soll man das Land brach liegen lassen wenn es uns nur 12 000 Mark Jahrespacht bringen soll. 60—65 Zentner werden wir auf jeden Fall ernten, auch wenn wir mit der Düngung nicht so reichlich verfahren können, wie wir das wünschen.

Stadtrat Fischer: Die Flächen lassen sich vom Gute Seeben, zu dem sie in gehört haben, am besten bewirtschaften. Die Fläche ist hart. Wen wird die Stadt zu aufwenden müssen, um sie umzubrechen? Wir werden große Schwierigkeiten haben, die nötigen Gespanne und Arbeiter zu bekommen. Der Pächter des Gutes Seeben wird viel billiger wirtschaften als wir.

LECIFERRIN-TABLETTEN hochgeschätzt von Blutarmen, Bleichsüchtigen, Geschwächten. Preis M. 3.— in Apotheken

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200127038/fragment/page=0002